

Zulagen und Zuschläge: Wichtige Zwischenetappe erreicht

Hartwig Müller / Dr. Rainer Rothe

Die juristische Auseinandersetzung zur rentenrechtlichen Berücksichtigung von Zuschlägen und persönlichen Vergütungen hat nun das Bundessozialgericht als höchstes Fachgericht der Sozialgerichtsbarkeit erreicht: am 30.10.14 wurden fünf Revisionsverfahren auf Antrag der Versorgungsträger gegen Urteile der Landessozialgerichte Sachsen und Sachsen-Anhalt beim BSG aufgerufen und verhandelt. In deren Urteilen hatten die LSG drei Angehörigen des Sonderversorgungssystems des MdI, einem der Zollverwaltung und einem Angehörigen des Sonderversorgungssystems der NVA die erhaltenen Zuschläge und persönlichen Vergütungen, hauptsächlich das Verpflegungsgeld, als Arbeitsentgelt zuerkannt. Die Versorgungsträger (Wehrbereichsverwaltung Ost, Bundesfinanzdirektion, Innenministerium Sachsen und Land Berlin, vertreten durch den Polizeipräsidenten) hatten gegen diese Urteile Revision eingereicht. Im Auftrag des Vorstands hatte Hartwig Müller die Verhandlung verfolgt.

Im Jacob Grimm Saal des BSG herrschte gespannte Stimmung. Der Vorsitzende des 5. Senates eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, dass eine Entscheidung zu allen fünf Verfahren erst nach Abschluss der Verhandlung aller Verfahren verkündet werden wird.

Für jedes Verfahren legte – verfahrensüblich – ein Richter des BSG als Berichterstatter den Sachverhalt dar. Danach bekamen die Vertreter der streitenden Parteien die Möglichkeit, zu den eingereichten Schriftsätze mündliche Erläuterungen vorzutragen.

Nach Ablauf der Verhandlungen zu den einzelnen Verfahren zog sich der Senat zur Beratung zurück. Der Vorsitzende verkündete danach zu allen fünf Verfahren die Entscheidung, dass den Revisionsbegehren der Versorgungsträger insoweit gefolgt wird, als die Urteile aufgehoben und die Rechtssache zur erneuten Verhandlung an die Landessozialgerichte zurückgewiesen werden.

Das bedeutet also die Fortführung der Verfahren an den Landessozialgerichten.

Positiv aus unserer Sicht ist zu werten, dass sich der erkennende 5. Senat der Rechtsprechung des vor ihm für das Recht der Rentenüberleitung zuständigen 4. Senats (Urteil vom 23.08.2007 – B4 RS 4/06 R) angeschlossen

hat. Dieses Urteil war Ausgangspunkt für die Geltendmachung von Zuschlägen und persönlichen Vergütungen. Das Bundessozialgericht hat damit nunmehr den Streit um die rentenrechtliche Berücksichtigung von Zuschlägen und persönlichen Vergütungen als Rechtssache von grundsätzlicher Bedeutung gewertet.

Der 5. Senat rügte, dass eine Heranziehung von DDR – Recht in den angegriffenen Urteilen der LSG entweder vollständig oder teilweise fehlte. Tatsachenermittlungen aber sind nicht Sache des BSG, sondern durch die Landessozialgerichte zu leisten als Voraussetzung dafür, dass durch das Bundessozialgericht generelle Schlussfolgerungen für die Rechtsauslegung gezogen werden können.

Wie bereits betont, geht die juristische Auseinandersetzung also weiter. Die Verfahren müssen vor den Landessozialgerichten neu verhandelt werden. Kernpunkte sind dabei die gerügte Tatsachenermittlung hinsichtlich der Klärung der Ansprüche nach DDR-Recht.

Was hat diese Entscheidung im Hinblick auf die Rechtsanwendung und die verfahrensrechtliche Fortführung der Klagen für eine Bedeutung?

Zuerst ist festzustellen, dass das Bundessozialgericht das höchste Rechtsprechungsgericht im Sozialrecht ist. Seine Entscheidungen sind deshalb für die Instanzgerichte und alle Verwaltungsorgane von grundsätzlicher Bedeutung.

Die schriftlichen Ausfertigungen der Urteile liegen uns naturgemäß noch nicht vor, aber die mündliche Begründung der Entscheidungen und der im Internet veröffentlichte Terminbericht lassen einen positiven Ausgang des Fortgangs bei den LSG erwarten, denn an die rechtliche Beurteilung einer Sache und die Hinweise des Bundessozialgerichts in der Verhandlung sind die LSG gebunden.

Die Zurückweisung bedeutet, dass die Verfahren wieder in den Stand eines Berufungsverfahrens gesetzt sind. Die LSG müssen nunmehr die Tatsachen feststellen, die aus dem Recht der DDR abzuleiten sind. Ihnen liegen dazu bereits umfangreiche Mitteilungen aus dem Vorbringen vor den Instanzgerichten vor. Sofern es weiterer Erkenntnisse bedarf, werden sie hierzu geson-

derte Anforderungen an die Kläger oder die Beklagten stellen.

Die vom BSG getroffenen Entscheidungen bekräftigen aus unserer Sicht die generellen Ansprüche nach rentenrechtlicher Berücksichtigung von Zuschlägen und persönlichen Vergütungen.

Der Schwerpunkt richtet sich auf das Verpflegungsgeld. Hier gibt es eine klare rechtliche Basis im Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 21.04.1960 und – bezogen auf das MdI – in den Weisungen des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei. Diese Unterlagen sind im Bundesarchiv zugängig und liegen bereits vor.

Die Anspruchsberechtigten nach dem Sonderversorgungssystem des MdI sind Wachtmeister und Offiziere bis zum Dienstgrad Hauptmann. Sozialpolitisch geht es um Renten, die oberhalb des Anspruchs auf eine Grundsicherung im Alter und unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen.

Auch Angehörige des Sonderversorgungssystems des MfS/AfNS könnten Ansprüche auf Zahlungen von Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt aus Vordienstzeiten in anderen bewaffneten Organen geltend machen.

Natürlich wäre eine Zurückweisung der Revisionsbegehren durch das BSG aus unserer Sicht eine günstigere Lösung für die Anspruchsberechtigten der einzelnen Sonderversorgungssysteme gewesen. Die am 30.10.2014 nun getroffene Entscheidung darf uns dennoch nicht entmutigen. Gefordert ist eine umfassende Tatsachenermittlung und Sachaufklärung, – wer soll sich dem verschließen wollen?

Die erneute Verhandlung der Klagen vor den Landessozialgerichten nach den Forderungen des BSG wird uns auch weiterbringen. Wir hoffen nur, dass die zeitlichen Erwartungen für eine sachgerechte Entscheidung nun nicht mehr weiter strapaziert werden! Bleiben wir also in gespannter Erwartung und optimistisch.

Wir werden über den weiteren Fortgang berichten, wenn uns die Ausfertigungen der Urteile vorliegen.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand führte seine planmäßige Sitzung gemeinsam mit dem Vorstand der TIG in Frankfurt(O) durch. Ihr Vorsitzender, Claus Ohmert, schilderte die Erfahrungen der TIG, die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen und die Beteiligung an politischen

Aktivitäten. Erfreulich ist die gute Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE auf der Kreisebene und bemerkenswert auch, dass der Seniorenbearat der Stadt eine Grußadresse zum 20. Jahrestag der Bildung der TIG gesandt hat. In einer Beilage zu **ISOR aktuell** informiert der TIG-Vorstand die 290 Mitglieder u.a. über lesenswerte Bücher und interessante Veranstaltungen.

*

Horst Parton berichtete über ein Gespräch des Präsidiums des OKV mit dem Parteivorsitzen-

den der LINKEN, Bernd Rixinger. Dabei wurde deutlich gemacht, dass der gegenwärtige Kurs der LINKEN in ihrer Haltung zur DDR-Geschichte den Mitgliedsverbänden des OKV nicht zu vermitteln ist.

Horst Parton betonte, dass sich die ostdeutschen Verbände jetzt über ihre weitere Haltung zur LINKEN verständigen müssen. ISOR werde aber die Verbindungen und die Zusammenarbeit mit den dazu bereiten Funktionären der Partei nicht infrage stellen.

Lage kein Schuss fiel. Wer hat ein Interesse daran, den Angehörigen des MfS ihre Haltung abzusprechen? Wir sind Prof. Dr. Schneider dankbar, dass er mit seiner Broschüre einen neuen grundsätzlichen Beitrag zum ehrlichen Umgang mit geschichtlicher Wahrheit leistet.

Mit dem gemeinsamen Singen der „Internationale“ beendeten wir auch dieses Jahr traditionell unsere Veranstaltung.

Die zahlreichen Vertreter der eingeladenen Vereine und Verbände sowie der benachbarten TIG waren wie unsere Mitglieder der Meinung, dass unsere Versammlung in dieser Form richtig war und das Ergebnis Ausdruck einer gewachsenen und gestärkten Solidargemeinschaft von ISOR und seiner Verbündeten darstellt.

Andreas Bendel

*

Ausgehend von dem brillant geschriebenen Beitrag „Deutschland hat eine Friedenspflicht“ in **ISOR aktuell** August 2014 wurden wir in der **TIG Geithain** zum Studium des darin erwähnten Dokuments „Neue Macht – Neue Verantwortung“ angeregt. Dieses wirft eine Menge Fragen zur aktuellen internationalen als auch nationalen Politik auf.

Wer war geeigneter, diese zu beantworten als der Stellvertretende Vorsitzende unserer Organisation, Prof. Dr. Horst Bischoff, den wir am 22.11. 2014 zu uns einluden.

Als sehr kleine TIG von nur neun Mitgliedern organisierten wir daher eine gemeinsame Veranstaltung mit den **TIG Borna und Rochlitz** sowie interessierten Gästen, also zum Beispiel unsere Ehefrauen, Vertreter der Partei Die Linke und des Polizei- und Seniorenvereins Geithain.

Es ergab sich eine sehr lebhafte Diskussion sowohl zu aktuellen Themen, vor allem wegen des von Prof. Bischoff vermittelten Hintergrundwissens, als auch zum weiteren Vorgehen von ISOR hinsichtlich des Rentenstrafrechts.

Insgesamt ziehen wir eine sehr positive Bilanz unserer Veranstaltung und können weiteren kleinen TIG nur empfehlen, ebenfalls den Weg gemeinsamer Mitgliederversammlungen mit sachkundigen Referenten, vermittelt über den ISOR Vorstand, zu wählen. Es lohnt sich.

Reinhard Frohberg

*

Am 05.11.2014 trafen sich die Mitglieder unserer **TIG Stralsund und Vorpommern** zu ihrer letzten Versammlung in diesem Jahr.

Auch Ehepartner waren der Einladung gefolgt. Zu Beginn gedachten wir der seit unserer letzten Zusammenkunft verstorbenen Mitglieder.

Es wurde festgestellt, dass die Hälfte unserer Mitglieder bereits das achtzigste und einige das neunzigste Lebensjahr überschritten haben.

Der Vorstand dankte allen Betreuern und Kassierern für ihre gewissenhafte und engagierte Arbeit, sorgen sie doch dafür, dass halbjährlich die vollständige Kassierung, incl. Spen-

Aus unseren TIG



Auch die **TIG Dresden** erinnerte in diesem Jahr an den 25. Jahrestag der Grenzöffnung in Berlin, allerdings anders als landesüblich. Wir hatten als Hauptredner den Vorsitzenden des Ältestenrates der Partei DIE LINKE und „alten Dresdner“, Genossen Dr. Hans Modrow, eingeladen und ihn gebeten, über die gegenwärtige internationale Lage zu sprechen. Hans Modrow zeichnete ein anschauliches Bild der zahlreichen Konfliktherde auf der Welt: Er sprach über die andauernden Versuche der NATO und der USA, das geostrategische Kräfteverhältnis besonders gegenüber Russland zu verändern. Es genügt, die Entwicklung in der Ukraine zu verfolgen um zu begreifen, wie gefährlich diese direkte Konfrontation ist. Er verwies auch auf neue Entwicklungen wie zum Beispiel Rolle und Ziele des Zusammenschlusses der BRICS-Staaten und die intensive Zusammenarbeit zwischen Russland, China und weiteren Staaten im pazifischen Raum. Ebenso zeigte er an Hand eigener Anschauung die Veränderungen in Kuba und die Kraftanstrengungen der Weltgemeinschaft mit den Kubaern, die andauernde Blockadepolitik der US-Amerikaner zu durchbrechen. Ihre Errungenschaften in der Bildungs- und Gesundheitspolitik und besonders die solidarische Hilfe für die lateinamerikanischen Staaten, die zwar regieren, aber nicht die Macht haben, ihre sozialen Ziele so zu verwirklichen, wie sie es möchten. Gleichermassen analysierte Hans Modrow die politischen Leitlinien zur Übernahme von mehr „Verantwortung“ bei gegenwärtigen wie zukünftigen Konflikten in der Welt auf Grund der wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands in der EU und der Welt. Dabei dominiert die Demonstration militärischer Stärke, obwohl die Mehrheit des deutschen Volkes gegen den militärischen Einsatz der Bundeswehr im Ausland ist.

Die Anfragen der Mitglieder konzentrierten sich auf die internationale politische Lage, auf das Rentenstrafrecht sowie auf den „Unrechtsstaat DDR“. Dazu erinnerte Hans Modrow daran, dass die Vereinten Nationen im September 1973

beide deutschen Staaten gleichberechtigt in die UNO aufgenommen haben und nicht einen „Unrechtsstaat DDR“ und einen „Rechtsstaat BRD“. Prof. Horst Schneider bekräftigte in der Diskussion diese Meinung unter anderem mit der Feststellung, dass „Unrechtsstaat“ ein Kampfbegriff ist, der Linkskräften nunmehr seit Jahrzehnten aufgezwungen wird, um sie in die Defensive zu drängen.

Die von Hans Modrow vorgenommene schnörkellose Einschätzung der weltpolitischen Lage bestach in ihrer Prinzipienfestigkeit, Klarheit und Ehrlichkeit und wurde mit Genugtuung aufgenommen. Das gilt ganz besonders für seine Feststellung: „Ich werde mit meiner Verantwortung im Herbst 1989 und der verhängten Strafrente immer in eure Nähe gerückt. Ich stehe zu meiner Verantwortung und habe noch nie gesagt, dass ich da nicht hingehöre.“

Im zweiten Teil unserer Versammlung berichtete unser Vorstandsmitglied Horst Eismann detailliert und mit begründetem Optimismus über den Stand und die Erfolgsaussichten unseres juristischen Kampfes für Rentengerechtigkeit. Es gibt keinen anderen sinnvollen Weg als das unbeirrte Weiterkämpfen zur Beseitigung des Rentenunrechts, auch wenn dabei unsere Geduld auf eine harte Probe gestellt wird. Wir haben fast zweieinhalb Jahrzehnte in diesem Kampf durchgehalten und so wird es bleiben.

Im letzten Teil stellten wir unseren Mitgliedern die Broschüre von Prof. Horst Schneider „Elbhang Bautzener Straße in Dresden – Verleumdungsmanufaktur oder Gedenkstätte? Ein Beitrag zur „Erinnerungsschlacht made in Sachsen“ vor. Er hat sie geschrieben, um den Lügen, und Halbwahrheiten gerade jetzt offensiv entgegenzutreten. Wir brauchen keine „Verklärungskultur“ unserer Geschichte sondern deren objektive Darstellung. Die Ereignisse am 5. und 6. Dezember 1989 haben gezeigt, dass die Dresdner Mitarbeiter des MfS besonnen und verantwortungsbewusst handelten und gemeinsam mit der Volkspolizei wesentlichen Anteil daran hatten, dass in komplizierter und aufgeheizter

den, gewährleistet ist und die Verbindung zur Mitgliederbasis aufrecht erhalten bleibt.

Lobend wurde unser langjähriger Freund Kurt Gielow (85) erwähnt, der in letzter Zeit zwei Mal 50,00 € spendete.

Die Informationen des Vorstandes über die Situation in der TIG stimmten im Grunde optimistisch.

Der amtierende Vorsitzende Werner Börner ging auf den noch nicht bis zu Ende durchgestandenen Kampf gegen noch bestehendes Rentenstrafrecht ein, was nach wie vor unsere Solidarität mit den Betroffenen und unseren weiteren Zusammenhalt als Sozialverband erforderlich macht.

Die am laufenden Band von der Bundeskanzlerin versprochenen und wieder gebrochenen Zusagen auf Herstellung der Rentengerechtigkeit Ost - West konnten nicht unerwähnt bleiben.

Dafür müssen die Menschen gegenwärtig im „Jubeljahr“ verstärkt Hetz- und Hassstraden gegen die DDR über sich ergehen lassen.

Anerkennende und lobende Worte galten der Partei DIE LINKE, die sich bisher all die Jahre aktiv im Bundestag und auch außerparlamentarisch für die Belange von ISOR eingesetzt hat, was sie im Juni dieses Jahres erneut bewies und der aktiven Rolle von Dr. Martina Bunge und Dr. Gesine Lötzsch.

Ein weiterer Gegenstand war die nicht zu akzeptierende Außenpolitik der BRD, EU und NATO - einschließlich der USA, die den kalten Krieg teils gemischt mit bewaffneter Intervention wieder auflieben lassen und eine ernste Gefahr für den Frieden sind.

Es folgte noch eine Information über den „Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR e.V.“ und über den Auftritt unseres letzten Ministers für Nationale Verteidigung, Admiral Theodor Hoffmann am 25.11.2014 in unserer Region. Diskutiert wurde anschließend in Gruppen. Bei Kaffee und Kuchen ließen wir die Zusammenkunft ausklingen. **Peter Mühle**

Am 20. 11. 2014 traf sich der **TIG-Vorstand**

Erfurt mit den Kassierern und Betreuern zum Jahresrückblick und zur Beratung der gemeinsamen Aufgaben für das nächste Jahr. Nachdem in den letzten Tagen zahlreiche Genossen in Telefonaten und Gesprächen ihr Verständnis über verschiedene Äußerungen des LINKE-Fraktionschefs Ramelow bekundeten, hatten wir den Stadtvorsitzenden der LINKEN, Dr. Steffen Kachel, zur Diskussion eingeladen. Er erläuterte, dass zwar die Thüringer Landtagswahl am 14. September 2014 einen Rechtsruck offenbarte (Stimmeneinbußen bei der SPD, zugleich Stimmen für die AfD), dass aber gegenwärtig eine denkbar knappe parlamentarische Mehrheit für einen Politikwechsel in Thüringen besteht und das Reformbündnis aus LINKEN, SPD und Bündnis90/Die Grünen endlich an die Stelle der seit 24 Jahren regierenden CDU treten kann.

Weiter erläuterte er einige der im Koalitionsvertrag enthaltenen Vorhaben, die dem sozialen Fortschritt und der Verbesserung von Bildung und Erziehung dienen (Unterstützung der Kommunen, von denen in Thüringen 200 keinen eigenen Haushalt haben, Unterstützung bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung, beitragsfreies Jahr in der Kinderbetreuung, Neueinstellung von jährlich 500 Lehrern usw.). Zu der bundesweit geführten Debatte zum Begriff „DDR-Unrechtsstaat“ führte er aus, dass diese Formulierung auch unter den Mitgliedern der LINKEN zu Unzufriedenheit und Auseinandersetzungen geführt hat. Er informierte, dass die AG Geschichte beim Landesvorstand Thüringen ein Positionspapier erarbeitet hat, in dem sie betont, dass dieser Begriff keiner der Partei DIE LINKE ist und auf viele Parteimitglieder und Sympathisanten „wie ein gegen sie gerichteter Kampfbegriff wirkt“.

In der Diskussion wurde von zahlreichen ISOR-Mitgliedern gefordert, dass „Geschichtsaufarbeitung“ nicht darin bestehen kann, täg-

lich in den Massenmedien die DDR und ihre Einrichtungen zu beschimpfen und dazu auch Verleumdungen und historisch sowie moralisch unhaltbare Gleichsetzungen („Stasi wie Gestapo“) zu verwenden. Wenn wir heute „Geschichtsaufarbeitung“ wollen, dürfen wir nicht vergessen, welche Schlussfolgerungen in Deutschland West und Ost nach 1945 gezogen und welche Entwicklungen diese Gebiete genommen haben. Wer möchte bestreiten, dass sich in Deutschland-West ein Rechts-Staat entwickelte, in dem nicht nur alle nationalsozialistischen Lehrer und Professoren die Jugend beeinflussen konnten, sondern der Nazigeneral Gehlen den Bundesnachrichtendienst aufbaute und Verbrecher wie der Mitinitiator der Judenverfolgung und -ausrottung Globke sowie der KZ-Baumeister Lübeck höchste Staatsämter bekleiden konnten. In der DDR wurde ein Rechtssystem aufgebaut, dessen Strafrecht sicher viele Fehler hatte und zu Unrecht gegen einzelne Personen führte, das aber nicht nur auf das Strafrecht reduziert werden darf. Mit ihrer sozialen Gesetzgebung, der Gleichberechtigung der Frauen, der Beendigung der Diskriminierung Homosexueller, der Herstellung der Chancengleichheit auf Bildung und in vielen weiteren Bereichen ging die DDR-Gesetzgebung der BRD deutlich voran. All dies, so waren sich die Veranstaltungsteilnehmer einig, sollte bei der weiteren Geschichtsaufarbeitung durch DIE LINKE berücksichtigt werden. Zum Abschluss der Diskussion erklärte Dr. Kachel, dass er gerne die heutigen Anregungen aufgreifen und zur Bewahrung historischer Wahrheiten beitragen werde. Er sicherte unter Beifall zu, dass er auch künftig die Zusammenarbeit mit ISOR, die er als Sozialverband mit den Zielen der sozialen Gerechtigkeit, Rentengleichheit und Beseitigung des Rentenstrafrechts schätzt, fortsetzen werde. Anschließend informierte unser Vorstandsmitglied Horst Schuchardt über eine Sitzung der

Zwischenruf

Zu den drei größten Erhebungen des Thüringer Waldes, also praktisch zur Dreierkoalition, gehört der Schneekopf. Das heißt aber nicht, dass man nach dem Besteigen dieses Gipfels Schnee vorfindet. Es sei denn, man bringt den Schnee im eigenen Kopf mit. Schon beim Aufstieg kann sich, bedingt durch mehrmaliges Verbeugen in Richtung der anderen beiden Erhebungen und in die Richtung, „wo die Sonne so glutrot untergeht“ (Rennsteiglied) genügend Schnee zwischen den Ohren angesammelt haben.

Wenn man ein würdiger Politiker der angesagten Wertegemeinschaft werden will, sollte man den Schnee durch Kraft- und Fäkalienausdrücke etwas bräunen. Dann ist man in der Lage, seine Dummheit mit Überheblichkeit und Ignoranz zu versetzen und etwas zum „DDR-Apparat“ zu schwätzen. So höret denn: Dort, in der DDR, „konnte jedes kleine oder größere“ (Maßeinheit wurde nicht genannt) „Arschloch in das Leben der anderen eingreifen. Das war entsetzlich.“ Dieses Entsetzen ließ beim Gipfel-Aufsteiger gerade noch so viel Kraft, um „die Grundstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit“ als mit der der Gestapo gleichzusetzen. Das ist nun wirklich entsetzlich.

Da bringt das Lied vom Rennsteig vielleicht ein wenig Entspannung: „Ich bleib, so lang es mir gefällt und ruf es allen zu: Am schönsten Plätzchen dieser Welt, da find ich meine Ruh.“ Beide Behauptungen sind noch nicht bewiesen.

Und während der Schneekopf seiner Bergpredigt nachhängt, „bringt's das Echo zurück“: Zwar nicht aus Thüringens Tälern, sondern aus dem Vatikan: „Wenn ich von Land rede, von einem Dach über dem Kopf und Arbeit, nennt man mich einen Kommunisten.“ Heiliger Vater, das lass bitte nicht den ehemaligen Religionsbeauftragten der Linkspartei im Bundestag hören. Das wäre noch entsetzlicher! Trotzdem: Heimlicher Kommunistischer Gruß.

w.k.

AG von Verbänden des ostdeutschen Kuratoriums beim Landesverband der Partei DIE LINKE Thüringen am 14. 11. 2014, an der Vertreter von TIG aus Thüringen teilgenommen hatten. Auch dort waren die zweifelhaften und später relativierten Äußerungen von Bodo Ramelow Gegenstand der Diskussion, wurden aber vom Stellvertretenden Landesvorsitzenden der LINKEN, Dittes, nicht in solcher Klarheit kommentiert, wie es Dr. Kachel in unserer heutigen Veranstaltung tat.

In seiner abschließenden Rede griff Hartmut Schuchardt dies auf und erklärte, dass in einer demokratischen Partei wie DIE LINKE unterschiedliche Meinungen existieren können, was uns aber nicht davon abhalten kann, weiter die enge Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE und allen anderen linken Organisationen und Bürgern zu suchen und zu fördern. Er hob hervor, dass sich seit 2013 die Zusammenarbeit mit RotFuchs stark gefestigt hat. Besonders die gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen mit MdB Kersten Steinke (LINKE), die Buchlesung von Herbert Kierstein sowie die Vorträge von Admiral a.D. Hoffmann und Egon Krenz waren Höhepunkte, bei denen jeweils über 100 Mitglieder anwesend waren.

Zum Stand unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht führte er aus, dass seit 2012 sieben Klagen beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind, die von ISOR aktiv unterstützt werden. Die vorliegenden Gutachten, insbesondere das umfangreiche und fundierte Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten lassen erwarten, dass die Klagen nicht erfolglos sein werden. Es gibt also keinen Grund zur Resignation, sondern wir müssen vereint und geschlossen unseren Kampf fortführen.

Dietrich Reichardt

Aus der Postmappe

In den letzten Wochen habe ich die Mitteilungsblätter der vergangenen Jahre noch einmal durchgeblättert, manchen Artikel noch einmal mit Interesse gelesen und mir dazu und zum nun bereits jahrelangen Ringen um Rentengerechtigkeit Gedanken gemacht.

Den jahrzehntelangen und erfolgreichen Kampf von ISOR habe ich von Beginn an miterlebt. Die entwürdigenden 802,- oder dann 990,- DM, die uns damals von den Siegern „zugesprochen“ worden sind, haben alle hart getroffen. Das und die großen Anstrengungen, die dieser Kampf bereits gekostet hat und noch kosten wird, ist mir beim Lesen der „alten Mitteilungsblätter“, noch einmal bewusst ins Gedächtnis gekommen.

Der Zeitpunkt hatte einen Grund: Ich musste meinen Umzug in eine kleinere Wohnung vor-

bereiten. Meine Frau und Kampfgefährtin ist leider verstorben und die „Mietpreisbremser“ erhöhen ständig die Mieten. Erst wird der sogenannte Mietspiegel in die Höhe getrieben und dann hat man wieder Platz für die Mieterhöhung auf das „ortsübliche Niveau“.

Nur ein Umzug hilft dann einem Strafrentner, auch wenn er schwerfällt. Dabei kann man vieles, was lieb und teuer ist und war, nicht mitnehmen und muss es „entsorgen“, wie man heute umgangssprachlich so dahin labert.

Trotz der in der Rentenpraxis erlebten Enttäuschungen hat der Vorstand bisher mit viel Mut, Optimismus und Beharrlichkeit gekämpft und macht das ja auch heute noch.

In Nr. 1/2008 schrieb unser Vorsitzender über die Resultate der bisherigen Arbeit und die vielen durchgeführten Maßnahmen. So eine Einschätzung stimmt auch heute noch optimistisch. Doch viele Mitglieder werden leider weitere Erfolge nicht mehr erleben. Und das nur deshalb, weil „unser Staat, der sich immer so sehr als Rechtsstaat betrachtet und fühlt“ in Wirklichkeit keiner ist. Wenn auch „meine alten Knochen“ nicht mehr das machen wollen, was ich will, so hat mich wenigstens meine Birne noch nicht ganz verlassen. Deshalb sind mir die optimistischen Überschriften in den Blättern und die dazu passenden Texte noch einmal positiv aufgefallen.

Aus diesem Grund möchte ich den Mitgliedern des Vorstandes und allen Vorsitzenden der TIG einmal herzlich DANKE sagen für ihre aufopferungsvolle und sicher auch manchmal zermürbende Tätigkeit, die in unser aller Interesse geleistet wird.

Die letzte Wahl hat wieder einen „kleinen Beweis“ für die Ehrlichkeit der Politiker geliefert. Die „Grabenkämpfe der Wahlkämpfer“ haben zur „GROKO“ und damit zu den gewünschten Ministerposten geführt. Also wieder verraten und verkauft. Frage: Wer war's?

Nichtwähler fühlen sich dadurch im Recht, dass sich Wahlen nicht lohnen und weitere Nichtwähler kommen mit Sicherheit dazu. Wenn es nun die „Die Linke“ nicht gäbe, würde im Bundestag niemand mehr die Wahrheit sagen.

Keine Bange, ich verliere nicht die Zuversicht. Mut gemacht haben mir u. a. immer die in den Mitteilungsblättern zeitweise veröffentlichten Karikaturen von Heinz Breuer und auch die „Zitate des Monats“. Die „Zwischenrufe“ sind gut, aber Heinz war einfach Spitze“.

Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, durch solch einfache Dinge im Mitteilungsblatt den „normalen Ernst“ unseres Lebens ein wenig aufzulockern. Das allgemein üblich ablaufende Tagesgeschehen kann es leider nicht. Das zeigt nur die teilweise erschreckende Dumm-

heit und Naivität der Politiker, denen es nur um Macht und Geld geht und vor allen Dingen, dass sie doch auch „alles können“. Das Beispiel Frau von der Leyen spricht doch Bände.

Viel Glück, gute Gesundheit und weiterhin Kraft!

Ernst Roth, Berlin

*

Man kann sagen, der Zufall wollte es. Er ist im Alltag gegenwärtig und wohl deshalb ereignete sich diese Begegnung am Tage nach den vielfältigen „Feierlichkeiten“ zum „Mauerfall“:

Ich stand vor einem Schaufenster, da sprach mich überraschend ein mir fremder Mann an: „Sagen Sie bitte mal, wie haben Sie den gestrigen 9. November, die Feierlichkeiten und die fortlaufenden ausgedehnten Übertragungen im Fernsehen ertragen?“ Für mich war es teilweise demütigend, weil die DDR und ihr politisches Gesamtsystem nur mit Schmutz beworfen wurden. Das war doch weitgehend unter aller Würde!“ Ich antwortete: „Mein Fernseher hatte Ruhetag. Die strapaziösen Sendungen wollte ich ihm nicht mehr zumuten, denn er ist auch schon in die Jahre gekommen.“ Übrigens sei ich davor hinsichtlich der „informativen“ Aussagen und Wertungen des geschichtsträchtigen Ereignisses hinreichend gesättigt. „Ja, das stimmt“, reagierte er, „Widerwärtig fand ich Biermanns Auftritt im Bundestag. Dieser ‚Drachentöter‘ mit seiner Obszönität hat der Staatsfeier keinen guten Dienst erwiesen. Mein Eindruck ist, dass das die zunehmende politische Alltagskultur ist. Selbst Bundespräsident Lammert trieb es die Röte ins Gesicht, was ihm als konservativer CDU-Mann unangenehm war. Peinlich, peinlich!“ Dann fragte er: „Und was sagen Sie zu dem ehemaligen Pastor und jetzigen Bundespräsidenten Joachim Gauck?“

Ich empfahl ihm die Lektüre „Joachim Gauck, der richtige Mann?“ Dadurch kommt man zu dem Schluss, dass einer mit solcher DDR-Vergangenheit nicht das höchste Amt der Bundesrepublik innehaben kann. Aber offensichtlich möchte er als Ikone in die Geschichte eingehen, obwohl „ungewaschen“, wie er zu Beginn seiner Laufbahn sagte. Unser sporadisches Gespräch war zu Ende. Das war ein angenehmer Zufall.

Walter Krüger, Güstrow

Bei anderen gelesen

Pressemitteilung der Volkssolidarität vom 11. November 2014

Minimale Rentenerhöhung 2015 ist enttäuschend

„Die von der Rentenversicherung für 2015 prognostizierte Rentenerhöhung um nur ein

bis zwei Prozent ist enttäuschend.“ Damit reagierte der amtierende Präsident der Volksolidarität, Dr. Frank-Michael Pietzsch, am Dienstag auf Meldungen über die voraussichtliche Höhe der Rentenanpassung 2015. Pietzsch sagte weiter: „Für den Großteil der Rentnerinnen und Rentner gleicht das nicht einmal gestiegene Lebenshaltungskosten aus. Notwendig ist eine gesetzliche Regelung der Rentenanpassung, die sich stärker an der Lohnentwicklung orientiert und künftig ein Rentenniveau von mindestens 50 Prozent sichert.“ Der amtierende Verbandspräsident erinnerte daran, dass die Renten seit dem Jahr 2000 gut zehn Prozent an Kaufkraft verloren haben. „Das Rentenpaket hat zwar an einigen Stellen Verbesserungen ermöglicht, aber nichts gegen das weitere Absinken des Rentenniveaus gebracht. Im Gegenteil – durch die falsche Finanzierung der Mütterrente aus den Beiträgen der Versicherten wird dieser Prozess noch beschleunigt. Die gesetzliche Rente bietet immer weniger Schutz gegen das Risiko von Altersarmut. Hier muss dringend gegengesteuert werden.“

Pietzsch wies darauf hin, dass die minimale Rentenerhöhung 2015 fast gleichzeitig mit höheren Beitragsbelastungen der Rentnerinnen und Rentner in der Pflege einhergehe. Dabei werde verdrängt, dass sie den Beitrag zur Pflegeversicherung seit 2004 vollständig allein tragen. „Angesichts hoher Rücklagen in der Rentenversicherung sollten wir wieder zu einer paritätischen Finanzierung der Pflegekosten zurückkehren. Das wäre ein Beitrag, um die Gesamtbelastung der Rentner zu begrenzen.“

Lesenswert

Liebe Freunde,
im Auftrag der Witwe unseres verstorbenen Ehrenvorsitzenden der TIG, des Gründungsmitgliedes der TIG Chemnitz, und Mitgliedes des Beirates beim Vorstand der ISOR, Werner Feigel, unterbreite ich eine Bitte zur Unterstützung einer Publikation:

Werner schrieb noch vor seinem Tod, unterstützt durch den

Verlag RADE, Körkwitter Weg 54a in 18311 Ribnitz-Damgarten, das Buch

„Mission Gerechtigkeit – ein Leben für die DDR“

Zum Preis von 10 € über den Verlag zu beziehen.
Tel.: 03821/706452
E-Mail: rade.verlag@t-online.de

Vom Verlag wird zu dem Buch u.a. geschrieben: „Werner Feigel, geboren 1924, ehemaliger Oberstleutnant, Jurist und Justiziar der Deutschen Volkspolizei der DDR.“

Erinnerung eines Zeitzeugen, der 40 Jahre aktiv als Volkspolizist an der Gestaltung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden mitwirkte.

Der Autor überzeugt mit objektiven, fachlichen und juristischen Bewertungen der politischen Verhältnisse in der DDR, die ihm nach seinen Kriegserlebnissen als Soldat zu seiner Heimat wurde.

Sein Wirken richtet sich bis ins hohe Alter gegen die Verklärung und Verteufelung der DDR und damit auch der Menschen, die in ihr gelebt, gearbeitet, geliebt und gelacht haben.

Das Buch soll folgenden Generationen helfen, ein objektives Bild von dem zu gewinnen, was die DDR wirklich war“.

Mit solidarischen Grüßen Peter Eichler

In eigener Sache

Unsere Geschäftsstelle in Berlin bleibt in der Zeit vom **24. bis 31. Dezember 2014** geschlossen.

Wir bitten zu berücksichtigen, dass unser Postfach ab **1. Januar 2015** nicht mehr zur Verfügung steht und die Post an die im Impressum genannte Anschrift geschickt wird.

**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 26.11.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.12.2014

Einstellung im Internet: 09.01.2015

Auslieferung: 15.01.2015

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

TEL.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

FAX: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15